SENIORENVERBAND BRH RHEINLAND-PFALZ

BRH - Nachrichten

Mitteilungen des Bundes der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im dbb

Landesverband Rheinland-Pfalz | Adam-Karrillon-Str. 62 | 55118 Mainz
Telefon: 06131 / 67 63 38 | Internet: www.rlp-brh.de | E-Mail: banten@rlp-brh.de

Ausgabe 3/2018 **Mai**

Pensionäre und Beamte in Rheinland-Pfalz massiv benachteiligt

Sehr geehrte Kolleginnen,
sehr geehrte Kollegen,

die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten von Bund und Kommunen haben gezeigt, dass die Arbeitgeber auf diesen Ebenen gegenüber ihren Beschäftigten wesentlich verantwortungsvoller handeln als die rot-gelb-grüne Landesregierung in Rheinland-Pfalz und die sie tragenden Parteien als Besoldungsgesetzgeber. Durch das beste Verhandlungsergebnis für die Kolleginnen und Kollegen in Bund und Kommunen wurden die rheinland-pfälzischen Beamten und Versorgungsempfänger noch weiter abgehängt. Standen wir vor diesem Verhandlungserfolg bereits auf dem letzten bzw. vorletzten Platz der Besoldung bzw. Versorgung des Bundes und der 16 Bundesländer, hat sich der Unterschied natürlich noch vergrößert.

Der Tarifvertrag für die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen sieht einen Umbau der Entgelttabelle vor und liegt im März 2020 um 7.5 % über der alten Besoldungstabelle. Die Tabellenentgelte werden linear in drei Schritten erhöht:

- 3.19 % im März 2018,
- 3.09 % am ersten April 2919 und
- 1.06 % am ersten März 2020.

Bundesinnenminister Horst Seehofer hat gegenüber dem dbb Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach auch ausdrücklich erklärt, dass Besoldung und Versorgung der Beamten des Bundes entsprechend dem Volumen der Tarifeinigung für den öffentlichen Dienst vom 18. April 2018 angepasst werden sollen und dass er dem Bundeskabinett zeitnah den Entwurf eines Bundesbesoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2018 - 2020 vorlegen wird.

Eine Anmerkung möchte ich in diesem Zusammenhang noch mit der Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Fernsehsender machen. Sowohl die ARD als auch das ZdF haben bei ihrer Berichterstattung den dbb Vorsitzenden Silberbach abgeschnitten, so dass nur Bundesinnenminister Seehofer, der Präsident der Vereinigung kommunaler Arbeitgeber und ver.di Chef Frank Bsirske zu sehen waren. Eine faire journalistische Berichterstattung war das meiner Meinung nach nicht.

Aber lassen Sie mich noch einmal auf die Situation von Besoldung und Versorgung in Rheinland-Pfalz zurückkommen. Im März dieses Jahres fand ein gewerkschaftliches Spitzengespräch zwischen der Landesleitung des Deutschen Beamtenbundes Rheinland-Pfalz und Vertretern der SPD Landtagsfraktion statt, bei dem u. a. über die Besoldungssituation der Beamten des Landes gesprochen wurde. Hierbei wies die dbb-Delegation auch

auf Vergleichsstatistiken hin, nach denen der öffentliche Dienst des Landes Rheinland-Pfalz den letzten bzw. vorletzten Platz im Bund-Länder Vergleich belegt.

An dieser Stelle muss ich noch darauf hinweisen, dass in der Bundesrepublik Deutschland die geringsten Löhne der größeren EU-Staaten (Frankreich, England, Italien, Spanien) bezahlt werden. Auf der anderen Seite sind die Belastungen der Arbeitnehmer durch Steuern und Sozialabgaben die höchsten in Mitteleuropa.

Die Delegation des Deutschen Beamtenbundes forderte, dass ein gestaffeltes Angleichen der rheinland-pfälzischen Versorgung nun schnellstens erforderlich sei, z. B. durch Zusatzanpassungen in den Jahren, in denen keine Einkommensrunde für den öffentlichen Dienst der Länder anliegt.

Nach Auffassung des Deutschen Beamtenbundes sei der öffentliche Dienst in Rheinland-Pfalz kaputtgespart worden, was man an folgenden Fakten erkenne:

- es gibt Probleme bei der Fachkräfte- (Ingenieure, IT-Fachkräfte) und Nachwuchsgewinnung,
- vermehrt wandern Fachkräfte in andere Bundesländer oder die Privatwirtschaft ab,
- der Frust beim Personal über die hohen Belastungen und das niedrige Einkommen.

Die Mitglieder der SPD-Fraktion wiesen die Rangvergleiche in der Besoldung zwischen dem Bund und den anderen Bundesländern zurück. Das Land Rheinland-Pfalz könne, gemessen an dem Bund und den finanzstarken Bundesländern, nie Spitzengehälter im öffentlichen Dienst zahlen. Dies sei auch nicht erforderlich, weil:

- erstens die Lebenshaltungskosten in Rheinland-Pfalz vergleichsweise niedrig seien,
- zweitens man für günstige Beschäftigungsbedingungen gesorgt habe, und
- drittens halte man sich an die alimentationsrechtlichen Standards des Bundesverfassungsgerichts.

Diese Argumentation der größten Regierungspartei sollten auch wir, die Versorgungsempfänger, bei den nächsten Wahlen berücksichtigen. Haben sich doch die Mitglieder des rheinland-pfälzischen Landtages, auch unter Mitwirkung der SPD Abgeordneten, eine Diätenerhöhung von 17.5 %, das sind ca. eintausend Euro monatlich genehmigt.

Die Begründung hierzu war, dass die Abgeordneten der anderen Bundesländer höhere Diäten haben. Bei der Abstimmung im Landtag haben sie aber offensichtlich nicht berücksichtigt, dass die Lebenshaltungskosten in Rheinland-Pfalz vergleichsweise niedrig sind. Das sollten die Pensionäre den Sozialdemokraten nicht vergessen.

Mit kollegialen Grüßen

Ihr

Vorsitzender